Nr. 25 XXVIII. Jahrgang

Dienstag, 27. Januar 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13 5 28, 13 5 38, 13 5 97, 17 1 00. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreise:
Grundzeile, 31 mm breit, M. 1.20, für das Ausland M. 2.—. Reklamezeile, 81 mm breit, M. 4.—, mit Platzvorschrift M. 4.50, für das Ausland M. 9.—. Bei Ziffern- oder Nachlaß 50 v. H. Preiserhöhung. Auf alle Grundpreise 10 v. H. Zuschlag. Briefgebühr 20 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen keine Gewähr.

Bezugspreise:
Bei freier Zustellung durch Boten monatlich M. 2.75, vierteljährlich M. 8.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 2.75, vierteljährlich M. 8.25, ausschließlich Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1.40, nach dem Auslande wöchentlich M. 1.—. Preis für die Einzelnummer 20 Pf.

Die Zukunft Deutschlands

Urteil eines Deutschamerikaners

Wie die Amerikaner über uns denken. — Wilsons unheilbare Krankheit. — Die Opposition gegen den Versailler Frieden

New-York, Anfang Januar

Die Kautskyschen Enthüllungen haben in Amerika nicht besonders eingeschlagen. Man hat höchstens über die Randbemerkungen des Kaisers gelacht. Ich bin berechtigt anzunehmen, daß ich der einzige Mensch in Amerika bin, der Kautskys Buch ganz gelesen hat. Die ersten Abschnitte, die in London oder Rotterdam zusammengestoppelt waren, dienten natürlich britischer Propaganda und sollten die selbst in England schon ziemlich wankend gewordene Behauptung stärken, daß der Kaiser den Krieg absichtlich angezettelt habe. Wenn man aber das Kautskysche Buch ganz liest, findet man, daß der Kaiser und seine Regierung Serbien bestrafen und dabei einen Krieg mit Rußland riskieren wollten, daß sie aber prompt Gegendampf gaben, als diese Aktion sich zu einem Weltkriege zu entwickeln drohte, und nicht mehr schnell genug zurück konnten, weil man am Ballhausplatz in Wien den Karren ganz und gar verfuhr.

Wo Kautsky nach der einen Seite hin sündigt, verfällt Reventlow in einen ähnlichen Fehler auf der andern Seite. Eine Freimaurer-Verschwörung für den Weltkrieg verantwortlich zu machen, ist denn doch ein bißchen zu naiv. Das glaubt dem Grafen keine Stallmagd mehr.

Einen im Auslande lebenden Deutschen berühren alle diese Versuche von Leuten, ob sie sich nun Staatsmänner oder Historiker nennen, höchst peinlich. Weshalb ich diesen Punkt hier erwähne? Der Ausländer, der dem Lärm fernsteht, ist vielleicht eher imstande, zu beurteilen, was der ganze Zank zu bedeuten hat, als der mitten im Getriebe Stehende. Ich muß offen gestehen, daß mich Reventlows langer Artikel furchtbar enttäuscht hat. Kein einziger neuer Gedanke, nichts wie Diplomatengemäsch aus dem 18. Jahrhundert.

Deutschland sollte die Vergangenheit so schnell wie möglich vergessen und seine Augen auf die Zukunft richten. Kautsky und Reventlow gehören beide der Vergangenheit an. Deutschland braucht ein Ideal, ein hohes Ziel. Dies Ziel muß sein, einen Musterstaat zu schaffen der an Freiheit, Wohlstand und Gerechtigkeit alle andern weit hinter sich läßt. Das deutsche Volk kann einen solchen Staat schaffen, wenn es ernstlich will, wenn alle Volkskräfte mitarbeiten. Die Gelegenheit dazu ist jetzt da. Man lasse die Polen, Dänen und Elsässer jetzt ruhig zur Hölle fahren. Sie sind nachher schon froh, wenn sie nur wieder hereinkommen dürfen. Warum führt Amerika einen solchen Musterstaat nicht ein? Diese Frage ist berechtigt. Erstens ist Amerika noch nicht in der Notlage, irgendeinen solchen Versuch machen zu müssen. Und zweitens gibt es in Amerika unterjochte, ausgebeutete und entrechtete Rassen: im Süden die Neger und im Norden die eingewanderten Millionen, die kein Stimmrecht haben. In Deutschland hat man jedoch ein kompaktes Volk, das gleichberechtigt ist und ziemlich auf derselben Kulturstufe steht.

Deutschland hat es in seiner Hand, sich ohne Schwertstreich, kraft seines Geistes, an die Spitze der Welt zu stellen.

* * *

Durch die Gruppe der internationalen Bankiers werden verzweifelte Anstrengungen gemacht, den Versailler Vertrag in irgendeiner Form unter Dach zu bringen und zugleich zu verhindern, daß der Völkerbund zur Parole der nächsten Präsidentenwahl gemacht wird.

Barnes Baruch, der de facto-Präsident der Vereinigten Staaten, der stets mit einem Fuß in Wall-Street steht, gibt sich große Mühe, einen Vergleich zustande zu bringen.

In beiden Parteien haben Strömungen eingesetzt, die darauf abzielen, Vertrag und Völkerbund aus der Welt zu schaffen, damit formell der Friede mit Deutschland erklärt wird. Die Macher spekulieren dabei auf die Müdigkeit des amerikanischen Volkes, das von dem Streit der Parteien endlich mehr als genug hat.

Somit ist die Möglichkeit geschaffen worden, daß der Vertrag mit den Vorbehalten, die ein klein wenig gemildert werden mögen, in der Sitzung des Senats nach den Feiertagen — die Session beginnt am 5. Januar — zur Annahme gelangen wird. Natürlich mit den Vorbehalten ist der Völkerbund nur noch ein Schatten von dem, was Wilson aus ihm in Paris gemacht hatte. Der Dolchstoß, den der Senat diesem Machwerk versetzt hat, bleibt stehen. Der Plan der großen Räuber von Paris, die Welt auf ewige Zeiten in Ketten zu legen, ist durch den Widerstand des Senats beseitigt worden. Der kräftigste Anstoß für die Aenderung des Völkerbundpakts tuts, wenn ein solcher Bund noch zustande kommt, oder für die Gründung eines wirklichen Völkerbundes, der diesen Namen verdient, ist aus Amerika gekommen. Und das wirkt mehr, als alles Flehen von Berlin um Milderung der Bedingungen.

Es wird die Frage debattiert, wie sich Wilson zu einem veränderten Völkerbund stellen würde, aber schließlich ist das nicht sehr wichtig, denn Wilsons Tage als Mensch und als Präsident sind gezählt. Es fragt sich nur, welche von beiden Uhren zuerst ablaufen wird. Alle amtlichen Berichte, die seine allmähliche Wiederherstellung melden, sind unwahr. Es ist in ärztlichen Kreisen ein offenes Geheimnis, daß der Präsident jeden Augenblick mit dem Tode abgehen kann und daß er höchstens noch anderthalb Jahre zu leben hat. Die Blutungen in den Augen, derentwegen ja ein Augenspezialist hinzugezogen werden mußte, sagen dem Manne der Wissenschaft alles.

Die Opposition der radikalen Republikaner gegen den Völkerbund und den Vertrag flammt wieder gewaltig auf. Sie drohen, einen eigenen Präsidentschaftskandidaten aufzustellen, falls die Mehrheit ihrer Partei im Senat sich für den Schacher von Paris breitschlagen läßt. Johnson, der Präsidentschaftskandidat der radikalen Republikaner, eilt von Kalifornien zurück nach Washington, um nach dem Rechten zu sehen.

Es gibt eine Anzahl Republikaner im Senat, die unter keinen Umständen für den Vertrag stimmen werden. Es gibt einen oder zwei Demokraten, die dasselbe tun werden. Dann gibt es eine Anzahl Republikaner und Demokraten, die für den Vertrag nur unter scharfen Vorbehalten stimmen werden. Ihre Zahl ist mehr als 33 Stimmen und 33 Senatoren genügen, die Ratifizierung zu verhindern.

Nachrichten, die nach Europa lanciert werden und in Aussicht stellen, daß der Völkerbund nun doch ratifiziert werden würde, sind daher mit Vorsicht aufzunehmen. Die Mache wird wahrscheinlich zu Börsenspekulationen ausgeschlachtet.

Es ist meiner Ansicht nach keine Aussicht vorhanden, daß der Völkerbund und Vertrag auch nur annähernd in der von Wilson und den übrigen alten Männern von Paris geforderten Form ratifiziert werden kann.

Gustav Schweppenstick

Die Aufnahme der holländischen Note

Die meisten Pariser Blätter veröffentlichten die Antwort der holländischen Regierung auf das Gesuch um Auslieferung Kaiser Wilhelms ohne Kommentar. Pertina sagt im „Echo de Paris", die großen Anklagepläne gegen den ehemaligen Herrn des Krieges könnten natürlich in den alliierten Ländern sentimentale Befriedigung hervorrufen. Aus diesem Grunde habe auch Lloyd George während seiner Wahlkampagne sie mit großem Wortschall lanciert. Man habe keine Veranlassung, zwischen der Verantwortlichkeit des Deutschen Kaisers und der Verantwortlichkeit seines Volkes zu entscheiden, da man in den nächsten Jahren von diesem Volke Wiedergutmachungen verlangen werde, die schmerzlich seien. Frankreich, England und Italien hätten allein das Auslieferungsgesuch eingereicht, und es bliebe nun nichts andres übrig, als sich mit Holland über die Bedingungen der Internierung des Kaisers zu verständigen, um einen Teil der Bewachung durch die Alliierten vornehmen zu lassen. — „Petit Journal" bringt die Weigerung Hollands in Verbindung mit dem jetzt abgeschlossenen deutsch-holländischen Wirtschaftsabkommen. — „L'Avenir" sagt, es werde nicht wünschenswert sein, die Dinge bis zu einem wirtschaftlichen Druck auf Holland kommen zu lassen. — „Lanterne" erklärt, die Alliierten hätten die Klugheit und den Scharfblick vermissen lassen. Die Sieger wollten heute gegen den Besiegten eine neues Strafgesetz mit unzulässiger, rückwirkender Kraft zur Geltung bringen. Holland, das man vorher nicht gefragt habe, sage, es habe den Vertrag nicht mit aufgerichtet und es wolle mit dem Frieden und seinen Streitigkeiten nicht behelligt werden. — „Journal" meint, dadurch, daß die holländische Note jede Erörterung im voraus ablehne und sich einzig und allein auf das Asylrecht berufe, werde die Frage zu einer rein politischen gemacht.

„Morning Post" schreibt zur Antwortnote der Niederlande auf das Auslieferungsersuchen der Alliierten, die Antwort Hollands stimme vollkommen mit dem Völkerrecht überein. Wie der Haager „Nieuwe Courant" meldet, äußern sich die meisten amerikanischen Blätter zur Antwortnote Hollands zustimmend, nur die New-Yorker „Tribune" greift die Niederlande wegen ihrer Haltung heftig an.

Auch in Wien wird die ablehnende Antwort Hollands mit größter Genugtuung aufgenommen. Die Wiener Blätter würdigen diese Tat eines freien Volkes, das während des ganzen Krieges seine Neutralität auch unter den schwierigsten Verhältnissen aufrechtzuerhalten wußte, in Ausdrücken höchster Anerkennung und Bewunderung und geben dem Wunsche Ausdruck, daß die Alliierten auf Zwangsmaßnahmen gegen Holland, wie auf andre Schritte, um die Auslieferung Kaiser Wilhelms doch zu erreichen, verzichten werden.

*

Die Antwort an Holland

⊙ Genf, 26. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Nach Pariser Meldungen vom Sonntag kündigen „Echo de Paris" und „Journal des Débats" die neue Note der Alliierten an Holland an. Die Note werde in der Mittwochsitzung der alliierten Vertreter zur Erledigung kommen. — Den „Temps" zufolge tritt der französische Kammerausschuß für Auswärtiges in der Auslieferungsfrage am 31. Januar zusammen. — Man nimmt an, daß der ersten Botschafterkonferenz in Paris am 26. Januar ein englischer Vorschlag als Erwiderung auf die holländische Note unterbreitet werden wird. In Londoner Kreisen hält man die holländische Antwort nicht für endgültig und man nimmt an, daß der Oberste Rat die holländische Regierung dazu auffordern wird, Vertreter zu entsenden, damit diese in die Lage versetzt werden können, mit Reichsvertretern der Alliierten sich über die einschlägigen Fragen zu besprechen.

*

Ein Dementi

„Matin" meldete, die deutsche Gesandtschaft im Haag habe den Wunsch geäußert, Wilhelm II. möge nach Deutschland zurückkehren und sich den Alliierten zur Verfügung stellen; die Ankunft des früheren Staatssekretärs v. Kühlmann in Holland stehe damit in Verbindung. Diese Meldung wird von zuständiger Berliner Stelle, nach einer Mitteilung des Wolffschen Telegraphen-Bureaus, als aus der Luft gegriffen bezeichnet. Kühlmann befinde sich lediglich in privaten Angelegenheiten in Holland.

*

Kundgebungen gegen die Auslieferung

Die Vermittlungsstelle Vaterländischer Verbände veranstaltete am gestrigen Sonntag in Berlin im Zirkus Busch eine stark besuchte Versammlung, in der gegen die Auslieferung des Kaisers und der Heerführer schärfster Protest erhoben wurde. Der Leiter der Versammlung, Oberstleutnant Graf Bernstorff, wies in seiner Ansprache darauf hin, daß diese Frage eine Sache des ganzen deutschen Volkes und nicht die einer Partei sei. Eine Reihe weiterer Redner wandte sich gegen die Auslieferung deutscher Staatsbürger. Schon vor Beginn der Versammlung hatten mehrere Hundert Unabhängige versucht, in den Zirkus einzudringen. Infolge der strengen Kontrolle gelang es aber nur einigen. Als einer von ihnen die Redner durch Zurufe störte, wurde er gewaltsam entfernt. Nach Schluß der Versammlung kam es zu erregten Szenen auf der Straße. Die Unabhängigen empfingen die Versammlungsteilnehmer mit johlenden Zurufen. Die Abgeordnete Frau Margarete Behm wurde von einer Rotte junger Burschen umringt und belästigt und es gelang nur mit Mühe, sie zu befreien. Schließlich kam es zwischen beiden Parteien auch zu Tätlichkeiten. Es gelang jedoch dem besonnenen Eingreifen der Polizei die Demonstranten zu zerstreuen. Eine ähnliche Veranstaltung, wie die im Zirkus Busch, fand etwas später in der Singakademie statt.

Auch in Weimar erhob eine von allen Kreisen der Einwohnerschaft besuchte Versammlung Protest gegen die Auslieferung des Kaisers und deutscher Reichsangehöriger.

In Magdeburg wurde am Sonntag eine Kundgebung der Deutschen Demokratischen Partei veranstaltet, gegen die Auslieferung deutsche Stammesangehöriger an die Entente. In einer einstimmig gefaßten Entschließung sprach sich die Versammlung mit Nachdruck gegen die erpreßte Zusage der Auslieferung aus, sie erwartet von der Reichsregierung, daß sie es ablehnt, das Auslieferungsbegehren zu erfüllen.

*

Die besorgten französischen Behörden

⊙ Karlsruhe, 26. Januar. (Eig. Drahtbericht.) In der Rheinpfalz werden kommende Woche 8000 kriegsgefangene Pfälzer erwartet. Der französische Militärbefehlshaber der Pfalz läßt durch Anschläge der Ortsbehörden bekanntmachen, daß eine Verletzung der Gefangenen zu wahrheitswidrigen Aussagen und Berichten über ihre Gefangenschaft in Frankreich den allgemeinen Strafbestimmungen zur Sicherung der Besatzungsarmee untersteht.

*

Der deutsche Besitz in England

Das englische Handelsamt teilt, wie aus dem Haag gemeldet wird, mit, daß nunmehr die Bestimmungen des Friedensvertrags in Wirkung treten, nach denen der gesamte deutsche Besitz vom Tage des Friedensvertrags an, soweit er sich im britischen Reich befindet, zur Begleichung von Schulden von Deutschen an Engländer haftbar ist, ausgenommen sind deutscher Besitz oder Forderungen aus Geschäften, die nach dem 12. Juni 1919 auf Grund der damaligen englischen Regierungsverfügung gemacht worden sind. Alle Manipulationen mit deutschem Besitz sind von jetzt an nur mit Zustimmung des Treuhänders für feindlichen Besitz erlaubt.

*

Frankreichs Verlust an Arbeitskräften

ITA. Amiens, 26. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Die Heimkehr der deutschen Kriegsgefangenen ruft in Frankreich, namentlich in den Westdepartements, einen bedrohlichen Mangel an Arbeitskräften hervor. Ein Versuch, Arbeiter in Polen anzuwerben, schlug fehl, und hiesige Arbeiter sind keine zu bekommen. Die Städte Albert, Péronne und Montdidier und 200 umliegende Ortschaften befinden sich noch in demselben trostlosen Zustand, wie sie die Deutschen verlassen haben, da keine Arbeitskräfte vorhanden sind, die den Wiederaufbau betreiben könnten. Allein im Departement der Somme fehlt für 35 000 dort beschäftigt gewesene deutsche Kriegsgefangene Ersatz, und die Rückkehr der in der Landwirtschaft tätigen Gefangenen droht die Arbeiten der Frühjahrssaat zu gefährden.

*

Die ungeklärte Wiederaufbaufrage

Von maßgebender Stelle erfahren wir zur Wiederaufbaufrage folgendes: Ueber den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete ist bis jetzt noch keine Klarheit zu erlangen gewesen, da die Entente und besonders die französische Regierung es abgelehnt haben, sich vor Ratifizierung des Friedensvertrages in irgendwelche Verhandlungen mit Deutschland über diese Angelegenheit einzulassen. Ein Anerbieten unsres Wiederaufbauministers Dr. Gessler, zu einer Besprechung der Frage nach Paris zu kommen, war von französischer Seite abgelehnt worden. Gleich nach Ratifizierung des Friedensvertrages hat Minister Dr. Gessler sein Anerbieten erneuert und erwartet nunmehr von Paris Antwort. Falls sie zustimmend ausfällt, wird er sich sofort zur Regelung der ganzen Frage nach Paris begeben. Die Pressemeldungen, Minister Gessler habe bereits eine solche Aufforderung zur Reise nach Paris erhalten, entsprechen nach unsern an maßgebender Stelle eingeholten Informationen nicht den Tatsachen. Zur Zeit ist die ganze Angelegenheit auf französischer Seite auch dadurch ins Stocken geraten, daß mit der Präsidentenwahl ein vollständiger Regierungswechsel erfolgte. Ehe die neue Regierung nicht einigermaßen konsolidiert ist — was nach der bisherigen Stellungnahme der Kammer gegen Millerand nicht der Fall ist —, können grundlegende Besprechungen über diese Frage nicht erwartet werden. Es bleibt also nach wie vor die Frage unaufgeklärt, ob und wieweit deutsche Unternehmer zum Wiederaufbau hinzugezogen werden, ebenso ob Deutschland deutsche Arbeiter zu stellen haben wird, ob Baracken und Maschinen zu liefern sein werden usw. Da die gegnerischen Länder natürlich den Wiederaufbau in erster Linie zur Förderung ihrer eigenen Volkswirtschaft benutzen werden, ist Deutschlands Interesse bei weitem nicht so groß, wie manche Unternehmer zu glauben scheinen. — Wiederaufbaugewinne wird es nach einem Wort Dr. Geßlers gewiß nicht geben . . .

*

Die Wiedergutmachungskommission

Das Wolff-Bureau meldet: Von der französischen Regierung wurde Jonnart zum Präsidenten und Bartolini zum Vizepräsidenten der Wiedergutmachungskommission gewählt. Generalsekretär der Kommission ist der Engländer Salter; ihm werden beigegeben der Franzose Bergery und der Belgier Denis.

*

Ausweisungen aus Schleswig

Das Wolff-Bureau meldet aus Flensburg: Die kommissarischen Ortsvorsteher Rüh in Tastland und Rosalski in Rödding sind aus dem nordschleswigschen Abstimmungsgebiete ausgewiesen worden.

Die Ablehnung der Sechsstundenschicht

Die arbeitswilligen Bayern

⊙ München, 26. Januar. (Eig. Drahtbericht.) In einer Anzahl bayerischer Betriebswerkstätten der Staatsbahn ist der neunstündige Arbeitstag zum 1. Februar wieder eingeführt worden. Der Achtstundentag bleibt als Pflichtarbeitszeit bestehen, die neunte Arbeitsstunde ist freiwillig und wird als Ueberstunde bezahlt.

*

Bei allem Elend unsrer Zeit ist es doch erfreulich, daß, wie auch der Minister des Innern Koch in einer Rede in Bremen betonte, sich endlich wieder Spuren des Wiedererwachens der deutschen Arbeitsfreudigkeit zeigen. Zu diesen Zeichen ist auch die Tatsache zu rechnen, daß sich gegen alle kommunistischen Hetzereien in den Kreisen der Bergarbeiter die Erkenntnis durchringt, daß augenblicklich vor allen Sondergruppeninteressen die Sorge für die Hebung unsrer Wirtschaft durch Steigerung der Kohlenförderung geht, daß daher die Durchführung der Sechsstundenschicht unmöglich ist. Im diesem Sinne sprachen sich alle zur Beratung der Schichteinteilung einberufenen Bergarbeiterversammlungen aus. Auf einer Tagung der christlichen Bergleute in Gelsenkirchen, die aus dem ganzen Ruhrkohlenrevier ungemein stark besucht worden war, war der Hauptredner der Vorsitzende des Gewerkvereins christlicher Bergleute Deutschlands, Abgeordneter Imbusch. Imbusch wies darauf hin, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit im Bergbau zur Zeit unter keinen Umständen in Frage kommen könne. Werde die Bergarbeiterschaft heute den Sechsstundentag beschließen, dann werden Hunderttausende von Mitmenschen dem Hungertode überliefert. Als Vertreter des Handelsministeriums sprach der frühere Vorsitzende des Gewerkvereins christlicher Bergleute, Vogelsang. Er appellierte ebenfalls eindringlich an die Ruhrbergleute, den Beschluß einer Verkürzung der Arbeitszeit nicht zu fassen. Das Ministerium vertrete den Standpunkt, daß für den Kohlenbergbau in absehbarer Zeit die international geregelte Sechsstundenschicht erreicht werden müsse. Es habe die entsprechenden Verhandlungen bereits in die Wege geleitet. Ein Vertreter des Reichsarbeitsministeriums gab ein erschütterndes Bild von den heutigen Zuständen in unsrer Industrie. Er teilte mit, daß in der Kali-Industrie 120 Schachtanlagen stilliegen. Nach fünfstündiger Verhandlung wurde

eine Entschließung

angenommen, in der es heißt:

Nachdem die heutige Konferenz die Ueberzeugung gewonnen hat, daß die Einführung der Sechsstundenschicht zur Zeit nicht möglich ist, erklärt die Konferenz:

1. Wir halten grundsätzlich an der Forderung der Sechsstundenschicht fest.

2. Wir fordern von der Regierung und den Unternehmern, daß sie mit allen Entscheidungen die notwendigen Vorbereitungen treffen, damit die Sechsstundenschicht im Bergbau möglichst bald international durchgeführt wird. Bis zur Durchführung der Sechsstundenschicht fordern wir eine entsprechend bessere Bezahlung. Die Konferenz fordert alle Bergleute auf, im Interesse der Volksgesundheit jede Störung der Kohlenförderung zu vermeiden und alle Kräfte einzusetzen, damit die unser Volk und unser Wirtschaftsleben bedrohende Kohlennot bald beseitigt wird.

Ueber die Ansicht der Reichsregierung zu dieser Frage dürfte kein Zweifel herrschen, sie geht zur Genüge deutlich auch aus dem folgenden hervor:

ITA. Köln, 26. Januar. (Eig. Drahtbericht.) **Wie der Berliner Vertreter der „Köln. Ztg." erfährt, ist das Reichsarbeitsministerium im Einverständnis mit der gesamten Reichsregierung und nach eingehender Erwägung aller in Betracht kommenden Verhältnisse zu dem Ergebnis gelangt, daß die Einführung der Sechsstundenschicht im Kohlenbergbau mit den gesamten Interessen unsrer Volkswirtschaft unvereinbar ist. Die wirtschaftliche Notlage, mit der wir zu kämpfen haben, macht es zur unbedingten Notwendigkeit, daß mindestens an der Siebenstundenschicht festgehalten wird und, wenn möglich, noch länger als sieben Stunden täglich gearbeitet wird, um die Kohlenversorgung wieder in die Höhe zu bringen.**

Dieses Urteil, so einwandfrei es auch ist, wird in manchen Arbeiterkreisen auf einen gewissen Widerstand stoßen, weil diese gewohnt sind, gegen alle Aeußerungen der Regierung zu opponieren. Ueber alle Zweifel erhaben ist aber auch für die radikalsten Arbeiter, soweit sie noch Vernunftgründen zugänglich sind, folgendes

Urteil Hués

Auf einer Tagung der Bergarbeiter in Bochum hielt der anerkannte Bergbau-Sachverständige Otto Hué eine bemerkenswerte Rede über die allgemeine Lage und die Regelung der Schichtzeit.

Der Redner wies darauf hin, daß schon vor dem Kriege die Sechsstundenschicht von den Organisationen für die Arbeiter an besonders schwierigen Betriebspunkten verlangt worden sei. Nach der Revolution wurde sie mit besonders lauter Stimme zur allgemeinen und sofortigen Einführung in erster Linie von denjenigen Bezirken propagiert, in denen früher die Gelben und Unorganisierten Oberwasser hatten, von Leuten, die sich früher um die Organisation nicht gekümmert haben. Es frage sich, ob es der Bergarbeiterschaft besonders würdig sei, die Marschroute vorschreiben zu lassen von Elementen ohne gewerkschaftliche Schulung. Unter Berücksichtigung der gesamten deutschen Bergbauverhältnisse betrage die durch die Arbeit der Organisationen erreichte Schichtverkürzung für die Untertagearbeiter bis zu vier Stunden. Und es sei feststehende Tatsache, daß wir heute in Deutschland die kürzeste Schichtzeit in Europa haben. Zur Frage der weiteren Schichtverkürzung erklärte der Vorband, daß er grundsätzlich für die sechsstündige Untertageschicht eintrete, daß er, wenn es die Produktionsverhältnisse erlauben, sogar für eine noch weitere Herabminderung der Schichtdauer wirken werde. Maßgebend für die Stellungnahme in dieser Frage müsse aber die Frage der Bedarfsdeckung sein. In Bielefeld habe sich der Verband für die internationale Regelung der Schichtzeit ausgesprochen und diesem Standpunkte habe sich auch die Fraktion der U. S. P. im preußischen Landtage ein-